

Frage des Tages

Soll der Kanton eingreifen, damit die Jungen wieder mehr Velo fahren?

Die Jungen fahren lieber Tram statt Velo und spielen mit dem Handy. Soll der Kanton eingreifen? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Ist es richtig, die Leitung der Basler Polizei anzuklagen?



Das Handy läuft dem Velo den Rang ab

Weniger Jugendliche fahren Velo, das Smartphone im Tram ist wichtiger

Von Martin Regenass

Basel. Der Kanton Basel-Stadt hat sich in die Verfassung geschrieben, umweltgerechte und energiesparende Mobilität zu fördern. Dabei geniesst der öffentliche Verkehr Vorrang, gleich danach kommt die Förderung von Fussgängern und Velos. Eine Veloförderung scheinen offenbar vor allem Schülerinnen und Schüler in Basel-Stadt nötiger denn je zu haben, denn die Zahlen von Kindern, die in die Pedale steigen, sind rückläufig. «Wir sehen gerade vor den Gebäuden der Weiterbildungsschulen weniger Velos als noch vor ein paar Jahren», sagt Simon Thiriet, Mediensprecher des Erziehungsdepartements Basel-Stadt.

Bei den Weiterbildungsschulen und den Gymnasien kämen die Schüler aus der ganzen Stadt angereist. «Diese weiten Anfahrtswege scheinen gewissen Eltern zu gefährlich, sodass sie ihre Kinder diese nicht mit dem Velo absolvieren lassen», sagt Thiriet. Auch sei es bei Schülerinnen und Schülern beliebt, mit dem ÖV zur Schule zu fahren. «Da kann man das «Gspännli» begleiten und auch der Blick aufs Handydisplay geht einfacher als auf dem Velo», sagt Thiriet.

Das Handy ist ein Argument, das Kinder auf den ÖV umsteigen lässt. Ein anderes ist laut einer Studie des Kantons Basel-Stadt die Erreichbarkeit der Schulen und die gute Verknüpfung von ÖV und Wohnadresse. Ein Knabe sagte bei einer Umfrage: «Es hat viele Trams gerade in der Nähe. Man kann sich einfach hineinsetzen und es fährt los.»

Ausspannen anstatt radeln

Gerade unter den älteren Jugendlichen an den Weiterbildungsschulen hätten praktisch alle von jenen, die nicht mit dem Velo zur Schule kämen, ein Umweltschuttabo. Dieses wird als Grund gegen das Velo ins Feld geführt. «Ich habe auch ein Tramabo, warum sollte ich Velo fahren», sagte eine Jugendliche. Für einen weiteren Jugendlichen ist Tram fahren einfach bequemer: «Für mich, der 20 Minuten fährt, ist es noch nützlich zum Lernen am Morgen im Bus und ein wenig Sachen-Anschauen und man kann auch Musik hören und ein wenig ausspannen. Das kann man beim Velofahren nicht.» Obwohl das Tram im Direktvergleich langsamer sei als das Velo, so die Studie, werde es von den Jugendlichen dennoch als sehr schnell wahrgenommen. Zudem habe auch die Werbekampagne der Basler Verkehrsbetriebe (BVB) für öffentliches WLAN bei den



Abgabe an den öffentlichen Verkehr. Junge Leute setzen sich lieber ins Tram als aufs Velo. So können sie besser mit dem Handy hantieren. Foto Dominik Plüss

Jugendlichen gut angeschlagen, da es den ÖV jugendlich erscheinen liess.

Auch die Fachleute der Verkehrsprävention der Kantonspolizei Basel-Stadt teilen die Meinung, dass im Stadtgebiet weniger Kinder Velo fahren als auch schon. Konkrete Zahlen über den Rückgang gibt es – wie auch im Erziehungsdepartement – aber keine, erklärt Polizeisprecher Martin R. Schütz.

Ein Grund für den rückläufigen Gebrauch des Velos seien aber die vergleichsweise kurzen Schulwege, die problemlos ohne Velo zurückgelegt werden könnten. «Und wenn es schon «rollen muss», sagt Schütz, habe das Trottinett in den vergangenen Jahren bei den Knaben und Mädchen an Terrain gewonnen. Zudem hätten bei manchen Kindern die Smartphones einen so hohen Stellenwert eingenommen, um damit jederzeit soziale Kontakte zu pflegen, dass sie keine Unterbrüche durch Velo fahren duldeten.

Es gibt Studien, die sagen, dass sich die Velonutzung bei Kindern und

Jugendlichen in den letzten 20 Jahren halbiert habe. Im Kanton Bern werden Kinder zur obligatorischen Veloprüfung teilweise gar nicht zugelassen, weil sie so schlecht Velo fahren können, dass eine Teilnahme schlicht zu gefährlich wäre. «Sie haben oftmals motorische Defizite. Sie können nicht gleichzeitig ein Handzeichen geben, zurückschauen und die Spur halten», heisst es bei der Abteilung Verkehrssicherheit der Kantonspolizei Bern gegenüber der Konsumentensendung «Espresso». Solche Schüler hätten sich die Kompetenzen zum Velofahren nie angeeignet, weil sie auch in der Freizeit nie oder nur selten mit dem Velo unterwegs seien.

Weniger Eltern leben Velo vor

Auch die Polizei Basel-Landschaft hat in den letzten Jahren die Feststellung gemacht, dass Kinder Velos weniger brauchen – das sei vor allem in den Agglomerationsgemeinden der Fall, weiss Polizeisprecher Meinrad Stöcklin. Die Interessenorganisation Pro Velo bei-

der Basel, welche unter anderem die Förderung des Veloverkehrs zum Ziel hat, sieht auch die Eltern in der Pflicht, das Velofahren bei den Kindern wieder beliebt zu machen. «Die Kinder fahren dann Velo, wenn es ihnen von den Eltern beigebracht und vorgelebt wird. Das scheint heute weniger der Fall zu sein», sagt David Wüest-Rudin, Präsident von Pro Velo beider Basel.

Zwar sei Velofahren nicht per se gefährlich. «Es gibt aber viele Stellen in der Stadt, wo man ein unsicheres Gefühl haben kann», erklärt Wüest-Rudin. Sei das auf einem Weg ein, zweimal der Fall, dann werde oft auf das Velo verzichtet. «Wenn man aber als junger Mensch sich das sichere Velofahren nicht aneignet, dann steigt man später auch als Erwachsener weniger oder gar nicht aufs Velo. Es fehlt dann am Selbstverständnis», sagt Wüest-Rudin, der sich um die Veloabstinenz junger Leute sorgt.

Velofahren ist «uncool»

Gemäss der Studie des Kantons spürten die Kinder gar einen «sozialen Druck» gegen das Velofahren seitens ihrer Kollegen und manchmal auch vermittelt von den Eltern. So gelte das Velo bei Gleichaltrigen als uncool – eben weil man sich im Tram zum Beispiel mit dem Smartphone beschäftigen könne. Aber auch die Gefahren im Strassenverkehr würden häufig und unbewusst in eine Ablehnung des Velofahrens umgedeutet.

Bei älteren Jugendlichen werde diese Ablehnung durch eine Ambivalenz hinsichtlich des Helmtragens verstärkt. Zwar sähen die Jugendlichen, dass der Velohelm dem eigenen Schutz diene. Doch gerieten sie in ein Dilemma, weil die Kollegen den Helm doof fänden, die Eltern aber auf dem Tragen desselben bestünden. Als Folge dieses sozialen Drucks genüge manchmal schon ein Defekt oder der Diebstahl des Velos, und das Velofahren werde ganz aufgegeben. Man spricht dann von einem Bruch in der «Velobiografie».

Laut der Studie fahren im Kanton Basel-Stadt bei den 12- bis 17-Jährigen 23 Prozent regelmässig mit dem Velo zur Schule. Geht es nach dem Erziehungsdepartement, sollen es künftig wieder mehr werden. Mediensprecher Thiriet: «Vertreter verschiedener Departemente haben eine Vielzahl von Massnahmen ausgearbeitet wie beispielsweise Fahrtrainings in der Primarschule oder begleitete Veloausflüge.» Zudem würden wo immer möglich Veloparkplätze geschaffen.

Scharfe Reaktion der Bürgerlichen

Attacke gegen Polizei-Leitung sei reiner Wahlkampf

Von Franziska Laur

Basel. Die Reaktion der Bürgerlichen auf die Strafanzeige gegen die Einsatzleitung der Kantonspolizei erfolgte gestern prompt. Nachdem die BaZ publik gemacht hat, dass SVP-Grossrat Eduard Rutschmann auf Wunsch von verschiedenen Polizisten Anzeige gegen die Einsatzleitung gemacht hat, äusserten sich CVP, LDP und FDP empört. Man sei konsterniert darüber, dass ein Nationalratskandidat das Mittel der Strafanzeige missbraucht, um Wahlkampf zu betreiben. Auch in dieser Situation gebe es Regeln und Grenzen, die nicht überschritten werden sollen. Eine Strafanzeige gegen verantwortliche Polizisten im Einsatz einzureichen, nur um damit Wählerstimmen zu gewinnen, sei verachtungswürdig.

Rutschmann möchte, dass die Staatsanwaltschaft das Verhalten der Polizeileitung am vergangenen Freitag im Rahmen der unbewilligten Anti-Conex-Demo mit den gewalttätigen Ausschreitungen untersucht. Er stellt sich auf den Standpunkt, die zuständigen Offiziere hätten es vorgezogen zuzuschauen, statt die unbewilligte Demonstration aufzulösen.

Unverständnis für diese drastische Massnahme äussert Daniel Stolz, Präsident FDP Basel-Stadt. Die Strafanzeige habe äusserst verunsichernde Reaktionen im Corps verursacht. «Das habe ich selber mitbekommen», sagt der Nationalrat. Eher Verständnis hätte er gehabt, wenn er Baschi Dürr, den Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements, kritisiert hätte. Doch so gehe es um die Verunglimpfung eines ganzen Berufsstandes, der sich mit bestem Wissen und Gewissen und mit Leib und Leben für das Gemeinwohl und die Sicherheit der Basler Bevölkerung einsetzt. Dass Rutschmann jetzt zu einer solch irritierenden Massnahme greife, zeige, dass er im Wahlkampf bis zum Äussersten gehe.

Schon einmal Anzeige gemacht

Schon im Mai 2014 hatte Rutschmann eine Strafanzeige eingereicht. Damals hatte er als Regierungsrat kandidiert und Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Basler Bau- und Verkehrsdepartements, im Visier. Konkret warf Rutschmann Wessels vor, seine Verkehrspolitik gefährde das Leben der Basler. Durch die vielen Baustellen stauete sich der Verkehr und so steige das Unfallrisiko. Er habe gesehen, wie zwei Kinder wegen des Verkehrs mit ihren Velos auf das Trottoir ausweichen mussten – da habe er sich entschieden, Wessels anzuzeigen. Mit der jetzigen Anzeige scheint Rutschmann gehörig Ärger verursacht zu haben. «Wir stellen uns hinter die Polizei und verurteilen geschlossen die Angriffe von links und rechts gegen diese wichtige Institution», schreiben die Parteien in ihrer Stellungnahme.

Gesundheitsversorgung in rollender Planung

Die Zusammenlegung der Spitäler in beiden Basel ist eine noch schwer zu überblickende Baustelle

ANZEIGE



In den Nationalrat

Heinrich Ueberwasser, Sebastian Fretner, Roland R. Ruf, Patrick Hafner, Eduard Rutschmann

Frei bleiben – SVP wählen.
www.svp-basel.ch

Liste 12

Von Christian Fink

Basel. Ganz zum Schluss des «Stadtgesprächs», das die Volkshochschule beider Basel und das *Regionaljournal SRF* im Grand Hotel Les Trois Rois organisierte, wurde die Frage dann doch noch gestellt: Ob Basel-Stadt die gemeinsame Spitalplanung mit dem Landkanton von der substanziellen Beibehaltung des gemeinsamen Uni-Vertrags abhängig mache. Letztlich, so der Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger, sei dies so. Zumal es zwischen dem Bildungs- und Gesundheitsbereich viele Überschneidungen gebe und beispielsweise Ärzte und Chirurgen auch als Professoren tätig sind.

Dieses Damoklesschwert vor Augen, wollen Engelberger und sein Baselbieter Regierungskollege Thomas Weber die gemeinsame Spitalplanung vorantreiben. Die Zeit drängt: Gesundheitskosten und Prämien steigen stetig, es gibt ein zu grosses Angebot im Gesundheitsbereich. Kurz: Das Gesundheitswesen braucht eine Schlankeitskur.

Von den drei Standorten Laufen, Liestal und Bruderholz stehen vor allem

Letzterem grosse Veränderungen bevor. Anstelle des Spitalbetriebes soll hier ein Ambulatorium respektive eine Tagesklinik mit diversen Einrichtungen entstehen, wo kleinere operative Eingriffe möglich sind. Der Zeithorizont für diese Änderungen wurde nicht präzise benannt. Thomas Weber verwies darauf, dass es das Bruderholzspital sicher «noch vier, fünf Jahre» geben werde.

Dass diese Aussage die Angestellten des Bruderholzspitals beruhigt, ist nicht anzunehmen. Befürchtet wird vielmehr, dass das Bruderholzspital sukzessive erodiert und immer mehr Abteilungen verschwinden. So wie etwa die Frauenklinik, die demnächst im Bethesda-Spital integriert werden soll. Das ist allerdings noch nicht definitiv. Niemand wisse heute, so Tobias Eichenberger, Urologe und Präsident der Ärztesellschaft Baselland, «ob das Spital in zwei Jahren nicht weggebrochen ist». Thomas Weber hierzu: «Es ist nicht zielführend, den Zusammenbruch des Bruderholzspitals heraufzubeschwören.»

Für den Übergang in ein gemeinsames Gesundheitsangebot der beiden Kantone sei, erklärt Eichenberger, eine

intensive Begleitung notwendig. Dies nicht nur hinsichtlich der Patienten, sondern auch der Angestellten. Eine Spitalvertreterin erklärte in der Diskussion allerdings, dass die Angestellten keine Angst zu haben bräuchten, einen Job zu finden. Denn es brauche das vorhandene Personal, das, an anderer Stelle, vielleicht in einer etwas anderen Rolle, wieder eingesetzt werde.

Ob diese Zusammenarbeit der beiden Kantone allerdings genügt, um die gesundheitliche Versorgung kostendämpfend zu optimieren, bezweifelte die Gesundheitsökonomin Anna Sax: «Wir denken heute immer noch zu kleinräumig.» Es müsste in der Schweiz nicht 26 Spitalplanungen geben, sondern lediglich einige Spitalregionen. Aber man möchte gerne ein Spital vor der Haustüre. «Von der Versorgung her würden weniger Spitäler ausreichen.» Sie ist denn auch nicht überzeugt davon, dass die gemeinsamen Ziele ausreichend seien, um die Überkapazitäten etwa im stationären Bereich auszumergen. Da müssten «wohl auch noch Patientinnen und Patienten aus anderen Kantonen» dazukommen.

ANZEIGE

FDP
Die Liberalen

LISTE
1



Christian Egeler

in den Nationalrat
Mehr Innovation nach Bern!

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt –
aus Liebe zu Basel